

dfi analyse

Der Sarkozy-Effekt – Seite 1

dfi information

23. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts „50 Jahre V. Republik“ mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung – Seite 3

Stadtentwicklung, demographischer Wandel und soziale Integration aus Sicht der Kommunen – Seite 4

Einwanderungsland Europa. Ursachen, Herausforderungen, Chancen – Seite 5

dfi service

Neue Internetangebote zu Frankreich und den deutsch-französischen Beziehungen – Seite 6



Im Eilschritt in den Elysée-Palast: Frankreichs neuer Präsident Nicolas Sarkozy will neue Dynamik in die französische Politik bringen und zugleich Bewährtes erhalten. Es bleibt abzuwarten, ob ihm dabei die gewachsenen Institutionen und politischen Mentalitäten der V. Republik im Wege stehen werden.

(Quelle: La Documentation française/AFP).

Jean François-Poncet neues Mitglied im Vorstand des dfi



Auf seiner Sitzung am 28. Juni hat der Vorstand des dfi einstimmig den ehemaligen französischen Außenminister, Senator Jean François-Poncet, als neues Mitglied kooptiert.

Der erfahrene und mit zahlreichen hohen Ämtern betraute Politiker, dessen Vater hoher Kommissar in der Besatzungszone und erster Botschafter in der Bundesrepublik war, hat sich seit Jahrzehnten für eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit engagiert. Mit ihm stärkt der Vorstand das deutsch-französische und angesichts des großen Europaengagements von Senator François-Poncet auch das europäische Profil des Instituts.

Frank Baasner baasner@dfi.de

Der Sarkozy-Effekt

dfi analyse Meist sind Überraschungen in der Politik böse Überraschungen. Aber das muss offenbar nicht so sein. Wenn man die Initiativen und Auftritte des neu gewählten französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy auf den Punkt bringen will, dann muss man die Fähigkeit zu immer neuen Überraschungen als Charakteristikum herausstellen. Besonders auffällig: die Regierungsbildung. Mehr als ein Verbündeter aus den Zeiten der Regierung unter de Villepin, der sich früh und mit persönlichem Risiko auf die Seite des Kandidaten Sarkozy geschlagen hat und während des Wahlkampfes ein treuer Partner war, wird sich insgeheim über soviel Ungerechtigkeit geärgert haben. Und dennoch spüren auch die persönlich Frustrierten, dass in dieser Fähigkeit des unerwarteten Handelns ein Element des Phänomens Sarkozy liegen mag, von dem sie heute oder morgen ihrerseits profitieren könnten. Presse und politische Analysten waren gleichermaßen überrumpelt durch die Öffnungsbewegung. Und wenn es anfangs noch leicht schien, mit Hinweis auf Kouchner und Jouyet eine nur oberflächliche Taktik der parteiübergreifenden Öffnung zu bemängeln, wurde es nach der Komplettierung der Regierungsmannschaft nach den Parlamentswahlen

schwierig, die überraschende Nominierungspolitik als Werbegag abzutun. Zweites Überraschungspänomen: Das Wahlprogramm wird sofort in konkretes Regierungshandeln umgesetzt, in einer wahrhaftig atemberaubenden Geschwindigkeit. Kein Tag ohne neue Schlagzeile, keine Pausen bei der fast hektisch wirkenden Umsetzung dessen, was angekündigt worden war.

Die Politik der „rupture tranquille“

Überraschungen haben den Vorteil, Zeitvorsprung zu generieren. Wer immer wieder für eine Überraschung gut ist, kann schwer überholt werden. Und so ist es wohl nicht unangemessen zu behaupten, dass die genannten und weitere Überraschungscoups Teil einer bewussten und von langer Hand geplanten Strategie sind. Interkulturelle Studien pflegen der französischen Art, Projekte zu organisieren, die Stärke der Reaktion zuzuschreiben. Hier aber geht es um das schiere Gegenteil: Was Sarkozy inszeniert, ist Aktion, nicht Reaktion auf äußere Einflüsse, sondern gezieltes und geplantes Handeln. Man kann die Strategie besonders

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

eindrucksvoll auf sprachlicher Ebene analysieren. Wer alles anders machen will, sich damit vom Vorgänger absetzen und dennoch nicht soziale Proteste provozieren will, der muss sich rhetorisch etwas einfallen lassen – nicht nur rhetorisch, aber eben auch auf der Ebene des politischen Diskurses. Und hier herrscht nicht der Zufall, sondern das Kalkül. Erinnern wir uns: „rupture“, der Bruch, war das programmatische Wort, und prompt gab es im Parlament noch vor der Kandidatenkür geschichtsschwangere Debatten über Revolution und Reform zwischen Premierminister und Innenminister. Und so wurde aus der „rupture“ das wunderbare Oxymoron der „rupture tranquille“. Ganz ähnlich bei der heiklen Frage der 35-Stunden-Woche. Der Arbeit wieder den Platz in der Werteskala geben, der ihr gebührt: Das war die zentrale Forderung des Kandidaten. Logisch wäre die Abschaffung der 35-Stunden-Woche, aber nein: Steuer- und Abgabefreiheit für jede weitere gearbeitete Stunde, ohne an die heilige Kuh der „35 heures“ zu rühren. „Rupture“, aber „tranquille“. Sarkozy, der Marktkenner und Wirtschaftsfreund wird von der Linken verschrien als Neoliberaler und Freund der Bosse. Das Wirtschaftsprogramm hat in der Tat mit der Deckelung der steuerlichen Belastung und mit der möglichen Abschaffung der Erbschaftsteuer Aspekte einer Umverteilung von unten nach oben. Gleichzeitig aber kommt durch die abgabenfreie Mehrarbeit mehr Geld in die Taschen der arbeitenden Bevölkerung. Von Marktliberalismus ohnehin keine Spur, denn Sarkozy hat sich eindeutig für den typisch französischen Wirtschaftspatriotismus und zudem die (allerdings mehr symbolische) Streichung

des Zieles freien Wettbewerbs aus dem europäischen Vertragstext ausgesprochen. Mehr Markt ja, aber nicht ohne Schutz. „Rupture tranquille“ eben.

■ Erfolgreiche Darstellungspolitik

Auch ikonographisch wird gezielt und mit strategischem Geschick gehandelt. Ein Blick in die Welt der populären Magazine, aber auch eine Analyse der Internetpräsenz des Präsidenten zeigen, dass Sarkozy vor allem für eines steht: Bewegung. Jogging von früh bis spät, mit dem Premierminister, mit verschiedenen Partnern, mit oder ohne Hund, alleine auf dem Weg in den Elysée-Palast, aber immer mit der Uhr am Handgelenk, denn Zeit ist kostbar. Bewegung ist Veränderung, bedeutet Bruch mit der Statik des republikanischen Establishments. Und dann die Überraschung: Das offizielle Porträt des Präsidenten, das fortan jedes Rathaus schmücken wird, ist das schiere Gegenteil dessen, was man angesichts solcher körperlicher Dynamik erwarten konnte: Es ist Statik pur. Die europäische Fahne neben der Trikolore ist inhaltlich neu und wichtig, die Dynamik des Bildes aber sagt vor allem eines: Die Republik hat Bestand, der Präsident ist Garant für Kontinuität.

Es gleicht der Quadratur des Kreises, was in der verbalen und bildlichen Gestaltung des Phänomens Sarkozy realisiert wird. Und es ist eben kein Zufall und keine Anpassung an die Situation, sondern ein Masterplan. Denn wer sich über Jahre auf das Amt vorbereitet und allen Konkurrenten aus dem eigenen politischen Lager Paroli zu bieten und den Sabotagemanövern auszuwei-

chen versteht, der kann nichts dem Zufall überlassen.

Die Bürger scheinen dies zu spüren, denn anders kann man kaum die bemerkenswerte Popularität des Präsidenten erklären. Auch Personen, die bis kurz vor der Wahl für Dämonisierungen des Kandidaten Sarkozy anfällig waren, sind der Dynamik- und Charmeoffensive erlegen. Seine öffentlichen Reden, vor den UMP-Abgeordneten oder vor großen Anhängerscharen in verschiedenen französischen Städten, gehorchen den immer gleichen rhetorischen Verfahren und bauen sowohl auf der Wiederholung als auch auf der Reihung auf. Bisweilen klingt es wie eine sakrale Beschwörung, die ihre Wirkung sicher nicht verfehlt. Die Überhöhung der Person des Präsidenten, die in der gelebten Praxis der V. Republik ohnehin schon groß war, erreicht hier eine neue Dimension. Omnipräsenz dessen, der das Unmögliche schaffen kann – „Bruch“ und „Ruhe“ in einer Person.

■ Grenzen der neuen politischen Dynamik

Wie auf einer Riesenwelle surft der Präsident der Erfüllung seines Wahlprogramms entgegen. Nun wissen wir, dass auch die schönste Welle irgendwann bricht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ersten ernstesten Schwierigkeiten auftreten. Diese Stolpersteine liegen natürlich in einigen schwierigen Reformfeldern, aber auch in der Tatsache, dass sich Sarkozy selbst und seine gesamte Regierung unter erheblichen Erfolgsdruck setzt. Wer messianisch auftritt, muss irgendwann große Erfolge vorzeigen können. Beim Europagipfel hat es ihm Angela Merkel leicht gemacht, sich selbst als eigentlichen Initiator neuer Bewegung darzustellen. Das wird bei den sensiblen Reformdossiers in der Innenpolitik schwieriger. Und am Thema Universitätsreform kann man sehr gut beobachten, dass Sarkozy beim geringsten Widerstand sofort Druck aus dem Reformprozess nimmt und auf Verhandlungen setzt. Problematisch wird die verbale Quadratur des Kreises aber auch dort, wo internationale Verhandlungen anstehen: Wie kann man die DOHA-Runde zum freien Welthandel, die Forderung nach Privilegierung europäischer Produkte und die Idee einer neuen, „fairen“ Afrikapolitik unter einen Hut bringen? Irgendwann wird es sowohl inhaltlich als auch sozial zu Stunden der Wahrheit kommen. Im Interesse gelungener Reformen kann man nur hoffen, dass auch dann noch positive Überraschungen gelingen und dass auch hierfür die Planungen langfristig angelegt sind – und nicht nur die Planungen für die Erlangung und den Erhalt der Macht.

■ Umfragedaten

Franzosen vertrauen ihrem neuen Präsidenten

Dass der von Nicolas Sarkozy gepflegte, neue politische Stil auch von der Bevölkerung angenommen wird, zeigen Umfragedaten. So gaben im Juli 2007 in einer vom Umfrageinstitut TNS-SOFRES für das „Figaro Magazine“ durchgeführten, repräsentativen Umfrage 65 Prozent der Befragten an, sie vertrauten darauf, dass Nicolas Sarkozy in der Lage sei, die gegenwärtigen Probleme Frankreichs zu lösen; 31 Prozent der Befragten hatten kein Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des neuen Präsidenten. Damit übertrifft Sarkozy seinen Amtsvorgänger Jacques Chirac, für den die entsprechenden Werte kurz nach Beginn seiner ersten Amtszeit im Juni 1995 sich auf 64 Prozent Zustimmung und 32 Prozent Ablehnung beliefen. Während seiner gesamten weiteren Amts-

zeit erreichte Chirac keine ähnlich große Zustimmung mehr, und im Mai 2007 hatten sich die Werte für ihn sogar in ihr Gegenteil verkehrt: 64 Prozent der Befragten vertrauten nicht mehr auf Chiracs Problemlösungskompetenz, und nur 30 Prozent waren gegenteiliger Meinung. Allerdings: Der Vertrauensvorsprung für François Mitterrand zu Beginn von dessen erster Amtszeit war noch größer als für Nicolas Sarkozy heute: Im Juni 1981 glaubten 74 Prozent der Befragten, Mitterrand sei in der Lage, die Probleme Frankreichs zu lösen, und lediglich 20 Befragten äußerten sich negativ. Diese und weitere Zahlen finden sich im [Online-Angebot von TNS-SOFRES](#).

Sebastian Nix [✉nix@dfi.de](mailto:nix@dfi.de)

Frank Baasner [✉baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

50 Jahre V. Republik – ein Gesundheitscheck

23. Jahrestagung des dfi mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung

Im Jahr 2008 begeht die V. Republik Frankreichs ihren 50. Geburtstag – Zeit für einen Gesundheitscheck. In diesem Zeitraum hat sie einige große, einschneidende Veränderungen und einige kleinere Modifikationen erfahren. Wollte man die vielfältigen Diskussionen und Beiträge der dreitägigen dfi-Tagung auf den Punkt bringen, so könnte man sagen: Die V. Republik erfreut sich bester Gesundheit. Sie hat ihre Aufgabe erfüllt, die vor dem Hintergrund der III. und IV. Republik vor allem darin bestand, stabile politische Mehrheiten und eine starke Exekutive zu garantieren.

Jean François-Poncet (Senator, Ancien Ministre), der noch vor Gründung der V. Republik seine Karriere als „Haut fonctionnaire“ in verantwortungsvollen Positionen begann, betonte, dass man bei aller berechtigten Kritik an der schwachen Stellung des Parlaments und der Machtfülle des Präsidenten nicht vergessen sollte, dass die Aufgabe eben zunächst in der Stabilisierung der Verhältnisse bestand. Schickt man dies voraus, ist es völlig konsequent, dass der neue Staatspräsident den Kreis schließt und eine weitere „Präsidentialisierung“ der Exekutive vollzieht. Das Mehrheitswahlrecht, so François-Poncet, habe zudem zu einer zunehmenden Bipolarisierung geführt, in der man die moderne Form der demokratischen Mehrheitsbildung sehen mag, wie sie auch in Großbritannien und den USA gepflegt wird.

Allerdings haben auch die Praktiker mit langer politischer Erfahrung nicht gelehnet, dass eine Stärkung des Parlaments und der Zwischengewalten in der Gesellschaft durchaus wünschenswert wäre. Dieses „Demokratiedefizit“ wurde von mehreren Forschern in den Mittelpunkt gestellt. Nicolas Tenzer (Paris) zeichnete ein kritisches Bild der heutigen politischen Praxis und betonte dabei vor allem die Schwäche des Parlaments und die Unfähigkeit der politischen Klasse (der Verwaltung und der Mandatsträger), sich um die Umsetzung

beschlossener Reformen wirklich zu kümmern. In der Diskussion wies dfi-Präsident Erwin Teufel darauf hin, dass eine der positiven Auswirkungen des Föderalismus genau darin bestehe, dass die fachliche Expertise der Beamten in allen wichtigen politischen Feldern nicht nur einmal, sondern mehrfach vorhanden sei. Durch den Abstimmungsprozess zwischen den Ländern ergebe dies in der Summe eine gewisse Qualität und Haltbarkeit der Entscheidungen. Trotz seiner sehr ernüchternden Sichtweise betonte Tenzer – wie im Übrigen fast alle Referenten – dass momentan eine günstige Gelegenheit sei, um tief greifende Reformen zu realisieren.



Eröffnete mit seinem Vortrag die 23. dfi-Jahrestagung: Nicolas Tenzer (2. v.r.), Präsident des Centre d'étude et de réflexion pour l'action politique (CERAP). Neben ihm (v.l.n.r.): der französische Senator und ehemalige französische Außenminister Jean François-Poncet, Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel und der stellvertretende dfi-Direktor Prof. Dr. Henrik Uterwedde.

Der Verfassungsrechtler Michel Verpeaux (Universität Paris I) rief die Entwicklung der Verfassung aus juristischer Perspektive in Erinnerung. Besonderes Gewicht, auch im Hinblick auf die Machtkontrolle und die demokratischen Rechte des Parlaments, hat die Möglichkeit der parlamentarischen Opposition, das Verfassungsgericht („Conseil Constitutionnel“) anzurufen und Gesetze prüfen zu lassen. Juristisch interessant sind dabei vor allem die verfassungsrechtlichen Konsequenzen der europäischen Verträge.

Eine Leitfrage, die sich durch einige Vorträge hindurch zog, betraf die Reformfähigkeit innerhalb der bestehenden Strukturen. Zwei Meinungen standen sich dabei gegenüber:

Reformen werden aufgrund der gegebenen, auch verfassungsgebundenen Rahmenbedingungen nicht möglich sein. Diese Meinung vertrat vor allem Jack Hayward (University of Hull), der besonders in der prinzipiellen Ablehnung liberalen Gedankenguts eine spezifisch französische Reformblockade sieht, teilweise auch Nicolas Tenzer. Andere waren zwar skeptisch, konnten aber konkrete Vorschläge machen, an welchen Punkten Veränderungen möglich und produktiv sein würden. So plädierte Philippe Manière (Institut Montaigne) vehement für ein Verbot der Ämterhäufung und für eine systematische Stärkung des Parlaments. Dieser skeptischen und nach konstitutionellen Verän-

derungen rufenden Auffassung stand die nüchterne Erfahrung von Jean François-Poncet und Raphaël Hadas-Lebel (Conseil d'Etat) entgegen: Die V. Republik hat, so betonten beide, erhebliche Reformen erlebt, und es kam dabei nicht in erster Linie auf die Regelungen der Verfassung oder die Machtverteilung an, sondern in erster Linie auf den politischen Willen. Es gebe also keinen

Grund, so übereinstimmend die französischen Politiker, auch innerhalb der bestehenden Regelungen nicht mutig Reformen anzustreben und diese auch umzusetzen.

Beide betonten, dass Staatspräsident Sarkozy mit einem klaren und sehr mutig formulierten Reformprogramm angetreten und mit diesem Programm gewählt worden sei. Während einige Referenten wie Jack Hayward die Ernsthaftigkeit des Reformwillens aufgrund der Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte infrage stellten, betonte Hadas-Lebel die Konsequenz, mit der Sarkozy den Dialog mit den Sozialpartnern sucht und das Versprechen der intensiven Verhandlungen vor der Verabschiedung von Gesetzen einlöst.

In den drei parallelen Arbeitsgruppen (Gesellschaftliche Grundlagen und Teilhabe; Permanenz und Wandel der V. Republik; Wahlen, Wahlkampf und Diskurse) wurden unterschiedliche Aspekte der Entwicklung der V. Republik und der heutigen politischen Aktualität in Frankreich vertieft. Die wichtigsten Beiträge werden wie jedes Jahr im „Frankreich Jahrbuch“ veröffentlicht.



Lockte auch in diesem Jahr wieder viele Frankreich-Interessierte nach Ludwigsburg: die 23. dfi-Jahrestagung.

Frank Baasner baasner@dfi.de

Stadtentwicklung, demographischer Wandel und soziale Integration aus Sicht der Kommunen

Eine Veranstaltung der Wüstenrot Stiftung und des dfi in Berlin

Eine Premiere fand am 6. Juni 2007 im Roten Rathaus Berlin statt – unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit, der für die nächsten vier Jahre das Amt des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für die deutsch-französische Zusammenarbeit innehat: Rund 80 Akteure aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung, die sich in Deutschland und Frankreich an unterschiedlichen Stellen mit den Themen Stadtentwicklung, demographischer Wandel und soziale Integration befassen, waren in Berlin zusammengelassen. Unter dem Arbeitstitel „Deutschland - Frankreich: Kommunen im Dialog“ unternahmen sie den Versuch, bisher parallele laufende Debatten zusammenzuführen.

Getragen wurde die Veranstaltung von der Wüstenrot Stiftung, der es darum geht, „aktuelle Entwicklungen des Wohnverhaltens der Bevölkerung zu untersuchen“, wie deren Vorstandsvorsitzender Dr. Wolfgang Bollacher bei



Der Schirmherr der Veranstaltung im Roten Rathaus, der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit (2. v. l.), im Gespräch mit Dr. Wolfgang Bollacher, dem Vorsitzenden des Vorstandes der Wüstenrot Stiftung, dfi-Direktor Prof. Dr. Frank Baasner und Dr. Stefan Krämer (ebenfalls Wüstenrot Stiftung).

der Begrüßung ausführte. Für die inhaltliche Umsetzung des Vorhabens ist das Deutsch-Französische Institut (dfi) verantwortlich, wobei eine erste wissenschaftliche Expertise zu den Bereichen „Demographie und Stadtentwicklung“ bereits vorliegt (vgl. dfi aktuell 3/2006). Die Publikationen in deutscher und französischer Sprache analysieren und bewerten die Entwicklung in ausgewählten Städten beider

Länder. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede, wie die Herausgeber Stefan Krämer (Wüstenrot Stiftung) und Wolfgang Neumann (dfi) in Berlin darlegten. Die Podiumsdiskussion mit den beiden führenden Stadtsoziologen Jacques Donzelot, Universität Paris, und Hartmut Häußermann, Humboldt Universität zu Berlin, machte deutlich, dass Integration und Chancengleichheit mit bedacht werden müssen, wenn von Einwanderung, Stadtentwicklung und demographischem Wandel die Rede ist. Die Städte in Deutschland, Frankreich und Westeuropa sind unmittelbar davon betroffen. Wie groß die Herausforderungen tatsächlich sind, illustrierten Staatssekretär Engelbert Lütke-Daldrup (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) und Gilles Kuntz (Stellvertretender Bürgermeister von Grenoble) bei dem von dfi-Direktor Frank Baasner moderierten Podium.

„Die Themen müssen aufgegriffen werden, bevor Katastrophen entstanden sind, die dann nicht mehr zu beheben sind“ (Klaus Wowereit). Viel wäre schon gewonnen, wenn die Innenstädte wieder attraktiv gestaltet werden könnten, im Sinne von zentralen Orten der Begegnung und des Miteinanders der Bürger einer Stadt. „Nicht Defätismus ist dabei gefragt, sondern harte Analysen und der Wille zu handeln“ (Frank Baasner).

Studienreise nach Marseille für deutsche Journalisten

Wahlen in Frankreich: Grund genug für die Teilnehmer an der diesjährigen Journalistenreise vom 13. bis 17. Juni 2007, hinter die Kulissen zu schauen und sich ein eigenständiges und differenziertes Bild zu machen. Selten war die Nachfrage so groß wie dieses Jahr.

Marseille, die zweitgrößte Stadt Frankreichs, eignet sich als Studienobjekt deshalb besonders gut, weil hier eine traditionell starke Linke und ein bisher hoher Anteil von Le Pen-Wählern aufeinander treffen. Zudem ist die Stadt mit einer relativ hohen Arbeitslosigkeit und vielfältiger Immigration ein gutes Beispiel für die Probleme einer modernen Großstadt. Gespräche mit dem Oberbürgermeister von

Marseille und Interimspräsidenten der UMP, Claude Gaudin, sowie mit dessen politischem Gegner Eugène Caselli, Generalsekretär der PS, erlaubten es, die Analysen beider Lager kurz vor dem zweiten Wahlgang zur Assemblée Nationale zu hören. Besuche von Vereinen (muslimische Verbände, Marseille Espérance usw.) und sozialen Brennpunkten brachten unmittelbaren Kontakt mit Akteuren der gesellschaftlichen Basis. Wie bei jeder Reise gab es zudem den Austausch mit Kollegen aus französischen Medien („Le Monde“, „Marseille Hebdo“).

Die Studienreise wurde von der Robert Bosch Stiftung finanziert.

Frank Baasner baasner@dfi.de



Einführung in nationale und lokale Politik in Marseille (v.l.n.r.): Prof. Dr. Frank Baasner, Michel Samson, „Le Monde“-Korrespondent in Marseille, und Wolfgang Neumann (dfi).

Bleibt festzuhalten, dass es der deutschen EU-Ratspräsidentschaft tatsächlich gelungen ist, im Mai 2007 eine Leipziger Charta für die Bereiche Stadtentwicklung und Ökologie zu verabschieden, auf die sich alle 27 Bauminister der Europäischen Union geeinigt haben.

Brigitte Veit veit@dfi.de

„Die Franzosen haben gewählt“

Diskussionsveranstaltung mit dem französischen Generalkonsul Christian Dumon

Selten haben Wahlen in Frankreich beim deutschen Publikum so viel Interesse geweckt. Und auch nach der Wahl von Nicolas Sarkozy zum sechsten Präsidenten der V. Republik war die Neugier groß. Auf Einladung des dfi und des Generalkonsuls der Republik Frankreich kamen ca. 100 Gäste in die Villa in der Asperger Straße, um mit Frank Baasner und Henrik Uterwedde sowie Generalkonsul Christian Dumon die Situation nach der Wahl zu diskutieren.



Standen dem Publikum beim Diskussionsabend zu den Ergebnissen der französischen Präsidentschaftswahl gerne für Fragen zur Verfügung (v.l.n.r.): der französische Generalkonsul in Stuttgart, Christian Dumon, dfi-Direktor Prof. Dr. Frank Baasner und der stellvertretende Direktor des dfi, Prof. Dr. Henrik Uterwedde

Im Vordergrund stand die Analyse des Reformprogramms von Nicolas Sarkozy. Welche wirtschaftspolitischen Pläne werden zuerst umgesetzt? Kann ein Weg aus der europäischen Krise gefunden werden? Müssen die Institutionen der V. Republik verändert, muss das Parlament gestärkt werden? Ausgehend von den Antworten der drei Diskutanten entstand eine lebhaft Diskussion mit dem Publikum, auch über die unterlegene Kandidatin Ségolène Royal und deren Chancen, ihre Karriere fortzusetzen.



Großes Publikumsinteresse: Zuhörerinnen und Zuhörer beim Diskussionsabend des dfi.

Frank Baasner baasner@dfi.de

Einwanderungsland Europa

Ursachen, Herausforderungen, Chancen – 9. Deutsch-Französischer Dialog in Otzenhausen

Wie gehen Deutschland und Frankreich mit zentralen Fragen der Einwanderung und der Integration um? Können beide Staaten voneinander lernen – oder lässt sich die gemeinsame Perspektive eher auf europäischer Ebene im Kreis der EU-27 finden? Der 9. Deutsch-Französische Dialog hat sich in diesem Jahr dem Thema „Einwanderungsland Europa. Ursachen, Herausforderungen, Chancen“ gewidmet und rund 190 Referenten und Gäste aus Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und der Europäischen Kommission vom 10. bis 11. Mai 2007 in der Europäischen Akademie Otzenhausen zusammengeführt.

Veranstalter des Dialogs ist die ASKO Europa-Stiftung. Ihre Partner sind das Centre International de Formation Européenne Nizza und Berlin (CIFE), das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg (dfi), das Institut für Europäische Politik Berlin (IEP) und der Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen der Universität Trier.

Die Ausgangshypothese der Tagung in Otzenhausen, dass sich Europa als Einwanderungsland begreifen muss, konnte im Verlauf der Debatte mit vielen Einzelbeispielen belegt werden – vor allem in Bezug auf den westlichen Teil Europas. Unrealistisch ist dagegen die Vorstellung, dass die europäischen Institutionen – anstelle der Mitgliedstaaten – die damit einhergehenden Probleme lösen könnten. Peter-Christian Müller-Graff (Universität Heidelberg) illustrierte dies anhand des Reformvertrags von Amsterdam, der 1999 in Kraft getreten ist: In Amsterdam hatte sich die (damalige) EU-15 darauf verständigt, Visapolitik und Kontrolle der Außengrenzen, Asylpolitik und Einwanderungspolitik in den Kompetenzbereich der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu überführen. Mit der Folge, dass die EG und die einzelnen Mitgliedstaaten den Zugang zum Europäischen Binnenmarkt regeln können.

Nur wenige (europäische) Regelungen fänden sich dagegen für eine positive Gestaltung der

Einwanderung und der Integration von Zugewanderten. Da könnte es sich empfehlen, auf das Bewährte, das Bilaterale zwischen Frankreich und Deutschland zurückzugreifen. „Frankreich hat große Anstrengungen unternommen, die Republik hat sich bewegt“, hatte dfi-Direktor Frank Baasner beim Eröffnungssplenum festgestellt. Blaise Tchikaya, Mitarbeiter beim „Hohen Rat für Integration in Frankreich“, erläuterte die Ziele: Man wolle einen Gesellschaftsentwurf, der sich auf die Ideale der Republik beziehe. Die Eingewanderten sollten sich als Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten fühlen, der Staat wolle die Integration begleiten und möglichst wenig dem Zufall überlassen. Deutsche Konzepte, die im Sommer als „Nationaler Integrationsplan“ vorgestellt werden, mögen nicht auf der gleichen Logik aufbauen. Trotzdem dürfte deutlich werden, dass Deutschland einiges vom Nachbarn abgeschaut hat – was umgekehrt auch für Frankreich gelten mag.

Brigitte Veit veit@dfi.de

Neu: Tagungsakten zur Konferenz „Integration und Chancengleichheit: Die Zukunft der Jugendlichen in Deutschland und Frankreich“

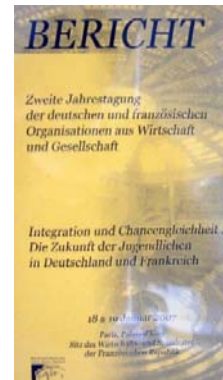
Seit 2005 findet jährlich eine Konferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft statt, die vom Conseil économique et social in Zusammenarbeit mit dem dfi unter aktiver Unterstützung des französischen Außenministeriums veranstaltet wird. Sie richtet sich vor allem an die Vertreter der Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen und der großen Verbände der beiden Länder.

Das Thema der zweiten Konferenz behandelte die Zukunft der Jugendlichen in Deutschland und Frankreich unter dem Blickwinkel der Integration und Chancengleichheit (vgl. dfi aktuell

1/2007). Besonderes Interesse galt der Schule als Instrument der sozialen und kulturellen Integration sowie dem Zugang zum Arbeitsmarkt als entscheidender Faktor der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und sozialen Anerkennung jedes Einzelnen. Die Tagungsakten zu dieser Veranstaltung liegen nun in Buchform vor und können direkt beim dfi bestellt werden (☉info@dfi.de).

Die nächste Jahrestagung, die am 18. Januar 2008 wieder im Conseil économique et social stattfinden wird, behandelt die Entwicklungen im öffentlichen Dienstleistungssektor in Deutschland und Frankreich.

Wolfram Vogel ☉vogel@dfi.de



Conseil économique et social (Hrsg.): *Integration und Chancengleichheit: die Zukunft der Jugendlichen in Deutschland und Frankreich: Zweite Jahrestagung der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft, 18. & 19. Januar 2007, Paris,*

Palais d'Iéna, Sitz des Wirtschafts- und Sozialrates der Französischen Republik. – Paris: CES, 2007. – 93 S.

Neue Internetangebote zu Frankreich und den deutsch-französischen Beziehungen

Die Internetangebote zu Frankreich und deutsch-französischen Fragen sind ausgesprochen vielfältig. Einen Eindruck davon vermittelt beispielsweise die **Linksammlung**, die das Deutsch-Französische Institut auf seiner Homepage zu diesem Themenkomplex anbietet. An dieser Stelle sollen exemplarisch drei dieser Angebote vorgestellt werden, die in den vergangenen Monaten online gegangen sind und sich durch ein besonderes Maß an Aktualität und Informationsreichtum auszeichnen.

Am 22. Januar 2007 wurde das deutsch-französische Internetportal (☉www.deutschland-und-frankreich.de bzw. ☉www.france-allemande.fr) in überarbeiteter Form der Öffentlichkeit vorgestellt. Das komplett zweisprachige Angebot, ein gemeinsames Projekt des Auswärtigen Amtes und des Ministère des Affaires étrangères, bietet eine Fundgrube an Informationen für alle an deutsch-französischen Fragen Interessierten. Das Spektrum reicht von aktuellen Meldungen

und Veranstaltungshinweisen über eine ausführliche, teilweise bebilderte Darstellung der Geschichte, Themen und Institutionen der deutsch-französischen Zusammenarbeit bis hin zu einer Rubrik „Die Sicht des Anderen“, in der z. B. für beide Länder relevante Themen wie „Integration und Chancengleichheit“ oder „Familienpolitik“ aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden. Einzelne Bereiche des Portals können außerdem als RSS-Feed abonniert werden.

In eine andere Richtung zielt das mit dem Deutsch-Französischen Journalistenpreis 2007 (Kategorie „Internet“) ausgezeichnete Angebot „Frankreich heute“ (☉www.frankreich-heute.de) des Journalisten Harald Schulz. Die Seite bietet, häufig basierend auf Pressebeobachtung und der Auswertung einschlägiger Online-Angebote, redaktionell aufbereitete, kurze Artikel in deutscher Sprache zum politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen in Frankreich und auf dem Feld der deutsch-französischen Beziehungen. Die Meldungen können sowohl als RSS-Feed als auch, zusammengefasst, als täglicher Newsletter-Dienst abonniert werden.

Die Seite „Das Frankreich-Blog“ (☉www.france-blog.info) ist ein Angebot des Klett-Verlags. Dort finden sich zahlreiche kurze Texte zu den verschiedensten Fragen des aktuellen Geschehens in Frankreich und der deutsch-französischen Beziehungen. Das Spektrum reicht von Politik über Französisch als Fremdsprache bis hin zu interkulturellen oder touristischen Tipps. Die Texte stehen vielfach auf Deutsch und



Französisch zur Verfügung, sind einfach gehalten und bieten oft weiterführende Links. Zielgruppe des Angebotes sind zunächst Schüler und Lehrer, aber ein Besuch der Seite lohnt für alle an Frankreich Interessierten. Auch die Meldungen des „Frankreich-Blog“ können als RSS-Feed abonniert werden.

Sebastian Nix ☉nix@dfi.de

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
☉www.dfi.de
☉info@dfi.de
Redaktion: Sebastian Nix
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner

